

Ferstl, Ernst: Unter der Oberfläche. Wien und Klosterneuburg 1996

Interface Wien gGmbH: Jahresbericht 2016. Wien 2017 (http://www.interface-wien.at/system/attaches/166/original/170427_InterfaceWien_JB2016_web.pdf?1495021854; abgerufen am 8.5.2018)

Löcherbach, Peter: Einsatz der Methode CM in Deutschland: Übersicht zur Praxis im Sozial- und Gesundheitswesen. In: Porz, Friedrich (Hrsg.): Neue Wege in der Nachsorge und Palliativversorgung. Kongressbericht zur sozialpädiatrischen Fachtagung. Augsburg 2003, S. 20-33

Pantuček, Peter: Falleinschätzung im CM. In: Soziale Arbeit 11-12.2007, S. 432-440

Sozialministeriumservice: Wie läuft Jugendcoaching ab. Wien 2018. In: <https://www.neba.at/jugendcoaching/wie-laeuft-jugendcoaching-ab> (abgerufen am 8.5.2018)

Steiner, Mario; Pessl, Gabriele; Wagner, Elfriede; Karaszek, Johannes: Evaluierung „Jugendcoaching“ – Endbericht. Institut für Höhere Studien. Wien 2013 (http://www.bundes.kost.at/wp-content/uploads/2016/10/evaluierung-jugend-coaching_endbericht-IHS-2013.pdf; abgerufen am 8.5.2018)

ALLGEMEINES

Bericht zur Förderung der Gemeinschaft und der ökologischen Nachhaltigkeit. Auf der Weltkonferenz für Soziale Arbeit, Bildung und soziale Entwicklung, die von 4. bis 7. Juli dieses Jahres in Dublin tagte, wurde ein 270 Seiten umfassender englischsprachiger Bericht mit dem Titel „Global Agenda for Social Work and Social Development: Third Report. Promoting Community and Environmental Sustainability“ (Globale Agenda für Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung: Dritter Bericht. Förderung der Gemeinschaft und der ökologischen Nachhaltigkeit) vorgestellt. Untersucht wird vor allem, welchen Einfluss das Ziel der Förderung der Gemeinschaft und der ökologischen Nachhaltigkeit auf die Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit nimmt und wie die Soziale Arbeit zur Gestaltung einer verantwortungsbewussten lokalen, nationalen und internationalen Sozialpolitik beitragen kann. Im Blickfeld stehen dabei der afrikanische, der pazifische, der europäische sowie der nordamerikanische und lateinamerikanische Raum. Der im Auftrag der International Federation of Social Workers und zwei anderen internationalen Organisationen der Sozialen Arbeit erstellte Bericht steht als PDF im Internet unter www.iassw-aiets.org/2018/07/05/global-agenda-for-social-work-and-social-development-third-report/ kostenlos zum Download zur Verfügung. *Quelle: IFSW News vom 7.6.2018*

Preise für Integration. Für vorbildliche Anstrengungen zur Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund und zur Förderung des Zusammenlebens vor Ort wurden im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung im Bundesinnenministerium am 2. Juli dieses Jahres 21 Städte, Gemeinden und Landkreise als Gewinner des erstmals ausgelobten Wettbewerbs „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ ausgezeichnet. Auf den Teilnahmeaufruf des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) waren mehr als 140 Bewerbungen eingegangen, darunter auch viele Beiträge aus dem ländlichen Raum. 17 Kommunen erhielten ein Preisgeld von jeweils 25 000 Euro für „Hervorragende strategische Aktivitäten“. Für „Bemerkenswerte Einzelprojekte“ gingen jeweils 10 000 Euro an vier weitere Kommunen. Sämtliche Initiativen der Preisträger werden im Internet unter <https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/preistraeger/2018/> porträtiert. *Quelle: Medieninformation des Difu vom 2.7.2018*

Preis für gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Berlin. Der Berliner Senat, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer Berlin haben den Berliner Unternehmenspreis vorgestellt. In Berlin ansässige Betriebe werden für ihr vorbildliches, nachhaltiges und wirksames bürgerschaftliches Engagement mit der Mendelssohn-Medaille belohnt. Gefragt sind sowohl Unternehmerinnen und

Unternehmer, die sich persönlich sozial engagieren als auch Unternehmen, die Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Belegschaft schaffen. Der Preis wird in zwei Kategorien verliehen. So gehen jeweils 5 000 Euro an ein kleineres Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern und an ein größeres Unternehmen mit einer höheren Mitarbeiterzahl. Ein nicht dotierter Sonderpreis ist für Unternehmenszusammenschlüsse ausgeschrieben, die sich im Rahmen sogenannter Ehrenamtstage im Sinne des Corporate Volunteering engagieren. Bewerbungen können unter der Web-Adresse www.unternehmenspreis.berlin eingereicht werden. *Quelle: Mitteilung des Landespressedienstes vom 11.7.2018*

Internetseite in Leichter Sprache. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen hat seine Homepage um Informationen in Leichter Sprache erweitert. So eröffnet die Internetseite <https://leichte-sprache.bvkm.de> gut verständliche Hinweise zur Arbeit des Verbandes, zu dessen Veranstaltungen und zu seinen Angeboten in den Bereichen Wohnen, Freizeit, Kultur und Sport. Eine mit einem Lautsprechersymbol gekennzeichnete Vorlesefunktion ermöglicht die Audio-Wiedergabe sämtlicher Inhalte der Website. *Quelle: Das Band 2.2018*

Förderung des Ehrenamts in Bayern. Die am 1. Februar dieses Jahres gegründete Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt besonders innovative Ideen im Bereich des Ehrenamts mit einer Fördersumme von jeweils 1 000 bis zu maximal 5 000 Euro. Bewerben können sich alle, die ein Projekt in Handlungsfeldern wie beispielsweise der Inklusion, der Integration, der Nachbarschaftshilfe oder der intergenerationellen Hilfe durchführen wollen. Die Antragsstellenden sollten einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % der Projektkosten einbringen. Für die Mittelvergabe entscheidend sind Kriterien wie Innovativität, Nachhaltigkeit, Niedrigschwelligkeit und Vernetzung sowie die Übertragbarkeit des Ansatzes auf andere Projekte. Zu weiteren Informationen und zum Antragsformular geht es unter www.ehrenamtsstiftung.bayern.de. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 18.7.2018*

SOZIALES

Mangelhafte Versorgung mit Hilfsmitteln. Durch das im April 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Heil- und Hilfsmittelversorgung (HHVG) stehen Krankenkassen in der Pflicht, ihre Versicherten besser über ihre Hilfsmittelleistungen zu informieren und bei den Ausschreibungen für Hilfsmittel die Qualität der Produkte stärker zu berücksichtigen. Dennoch werden nach Erkenntnissen des Sozialverbands VdK Qualitätskriterien häufig zugunsten finanzieller Überlegungen vernachlässigt. Außerdem kritisiert der VdK die oftmals langen Wartezeiten auf die Hilfsmittel und die häufig beobachtbare Kostenübertragung auf die Patientinnen und Patienten. Nach Einschät-

zung des Spitzenverbandes, des Bundes der Krankenkassen, wird die Umsetzung des HHVG noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wer wegen Ablehnung einer Kostenübernahme Beratung sucht, findet die lokalen Anlaufstellen des VdK unter www.vdk.de/deutschland/pages/der_vdk/72455/suche-beratungsstelle im Internet. Ein themenbezogener Film des VdK mit dem Titel „Gute Besserung? – Neue Vorschriften bei der Hilfsmittelversorgung“ kann online unter www.vdktv.de eingesehen werden. *Quelle: VdK Zeitung Juli/August 2018*

Ehrenamt bleibt sozialversicherungsfrei. Nach einem kürzlich erlassenen Urteil des Münchner Sozialgerichts bleibt das Ehrenamt auch in Zukunft sozialversicherungsfrei. Geklagt hatte die Bayerische Jungbauernschaft e.V., nachdem die Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vorsitzenden in den Jahren 2010 bis 2013 Sozialversicherungsabgaben nachgefordert hatte. Das Sozialgericht gab der Klage mit Verweis auf ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.8.2017 statt, in dem die Sozialversicherungspflicht eines ehrenamtlich tätigen Kreishandwerksmeisters verneint wurde. *Quelle: Pressemitteilung der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt vom 17.7.2018*

Teilhabeberatung in Berlin. Auf Grundlage des Bundesteilhabegesetzes wird seit Januar 2018 ein bundesweites Netzwerk von Angeboten der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) für Menschen mit einer bestehenden oder drohenden Behinderung und deren Angehörige aufgebaut. Die auf dem Konzept des Peer Counseling, der Beratung von Betroffenen für Betroffene, basierende EUTB bietet Unterstützung bei Fragen im Hinblick auf die Beantragung von Leistungen, die Selbstbestimmung und die soziale und berufliche Partizipation. In Berlin-Mitte hat der Berliner Behindertenverband Anfang dieses Jahres eine entsprechende Beratungsstelle eingerichtet. Das in der Jägerstraße 63d angesiedelte Büro ist montags und mittwochs von 12 bis 15 Uhr, dienstags von 10 bis 13 Uhr, donnerstags von 16 bis 19 Uhr sowie samstags von 13 bis 16 Uhr geöffnet. Für eine persönliche Beratung ist eine telefonische Terminvereinbarung unter der Rufnummer 030/204 38 48 erforderlich. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen können eine aufsuchende Beratung oder eine Skype-Beratung in Anspruch nehmen. *Quelle: Flyer des Berliner Behindertenverbandes e.V. vom Juni 2018*

GESUNDHEIT

Medizinische Hilfe für Menschen ohne Papiere. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage weist die Bundesregierung darauf hin, dass das aus den Paragraphen 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes hervorgehende Recht auf medizinische Versorgung auch für diejenigen geflüchteten Menschen bestehe, die nach Ablehnung ihres Asylantrags untergetaucht seien und über keine

gültigen Papiere verfügten. Der Rechtsanspruch erstreckte sich auf ärztliche Dienste bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen einschließlich der Bereitstellung der zur Genesung, Besserung oder Linderung der jeweiligen Krankheiten oder Krankheitsfolgen nötigen Leistungen. Auch Schutzimpfungen und wichtige Vorsorgeuntersuchungen gehörten zum Geltungsbereich der genannten Bestimmung. Jedoch müsse eine geplante Behandlung bei der Ausländerbehörde beantragt werden. Bei ungeplanten Notfallbehandlungen unterlägen Ärztinnen, Ärzte, Sozialämter und Gesundheitsbehörden einer Schweigepflicht, die nur in Ausnahmefällen wie bei einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder bei schweren Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz verletzt werden dürfe. Neu geregelt wurde im Jahr 2015 der sogenannte Nothelferanspruch, so dass Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte bei medizinischen Eilfällen die Behandlungskosten nun unmittelbar von der zuständigen Behörde verlangen können, ohne dass diese bereits zuvor über den jeweiligen Fall unterrichtet worden sei.
Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 532 vom 19.7.2018

Zulassung der Systemischen Psychotherapie. Das Bundesministerium für Gesundheit hat den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) aufgefordert, die Beratungen über die Anerkennung der Systemischen Therapie zügig abzuschließen. Dabei geht es um die Frage, ob diese psychotherapeutische Methode in das Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen und damit von den Krankenkassen vergütet wird. Die bereits im Jahr 2008 vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie festgestellte Wirksamkeit des systemischen Ansatzes wurde im Mai 2017 in einem vom G-BA angeforderten Gutachten des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen bestätigt. Als Antwort auf die dennoch divergierenden Auffassungen zur fachlichen Bewertung des Nutzens der Systemischen Therapie habe man sich im Unterausschuss Methodenbewertung des G-BA darauf verständigt, in Kürze ein Stimmverfahren mit den wissenschaftlichen Fachgesellschaften und den Heilberufekammern zu realisieren.
Quelle: Presseinformation der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e.V. vom 17.7.2018

Patientenrechte. Meine Rechte beim Arzt und im Krankenhaus. Von Hansjörg Haack. Verlag C.H.Beck. München 2018, 128 S., EUR 7,90 *DZI-E-1975*
Bei den im Jahr 2013 im Patientenrechtegesetz des Bürgerlichen Gesetzbuches erstmalig zusammenfassend geregelten Patientenrechten handelt es sich um die Gesamtheit der Rechte, die den Patientinnen und Patienten sowohl im Krankenhaus als auch bei ambulanter medizinischer Betreuung zustehen. Diese Broschüre vermittelt Einblick in einige hier geltende Bestimmungen und erläutert darüber hinaus auch rechtliche Fragen, die nicht im Patientenrechtegesetz geregelt sind. So finden sich hier Hinweise zu den Vorgaben bezüglich der Arzt-

wahl, zum Behandlungsvertrag, zum Krankenhausvertrag, zu den Wahlleistungen in einer Klinik und zu den ärztlichen Pflichten. Eingegangen wird auch auf die Besonderheiten in Bezug auf im Ausland in Anspruch genommene Gesundheitsleistungen und auf die Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln wie beispielsweise Rollstühlen, Gehhilfen, Hörgeräten und Prothesen. Zudem enthält der Ratgeber Wissenswertes zu den sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen, zu zahnärztlichen Diensten, zur häuslichen Pflege sowie zur Patientenverfügung, zur Vorsorgevollmacht und zur Betreuungsverfügung. Begriffliche Erläuterungen und praktische Tipps erleichtern die Orientierung. Bestellschrift: Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Tel.: 089/381 89-0, Internet: www.beck.de

Unterstützung arbeitsuchender suchtkranker Menschen. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung und dem Deutschen Landkreistag hat der Deutsche Städtetag einige Empfehlungen zur Unterstützung arbeitsuchender abhängigkeitskranker Menschen konzipiert. Die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretenen Richtlinien zeigen auf, welche Verwaltungsabläufe für eine gut abgestimmte Koordination der Hilfeangebote nötig sind, welche Schritte beim Verdacht auf eine Abhängigkeits-erkrankung unternommen werden sollten und wie den Betroffenen der Zugang zu einer medizinischen Rehabilitation und anschließend ein (Wieder-)Einstieg ins Arbeitsleben ermöglicht werden kann. Besonderes Augenmerk finden die Gestaltung der Kontakte mit der Agentur für Arbeit und die Beratung. Zu den Empfehlungen führt der Internetlink www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/3_Infos_fuer_Experten/O1_sozialmedizin_forschung/downloads/konzepte_systemfragen/konzepte/Empfehlungen_Unterstuetzung_arbeitsuchender_abhaengigkeitskranker_Menschen.html.
Quelle: Städtetag aktuell 6.2018.

EU-Kommission bekämpft gesundheitliche Ungleichheit. Bei einer Konferenz der EU-Kommission in Luxemburg am 21. und 22. Juni dieses Jahres wurde eine gemeinsame, auf drei Jahre angesetzte Maßnahme gegen die gesundheitliche Ungleichheit auf den Weg gebracht. Der Schwerpunkt liegt auf den sozioökonomischen Einflussfaktoren auf die Gesundheit und auf den lebensstilbedingten gesundheitlichen Ungleichheiten. Um der sozialen Benachteiligung entgegenzuwirken, wolle man darauf hinwirken, spezifische politische Strategien auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten zu implementieren. Weitere Ziele sind eine kooperative Herangehensweise, der internationale Austausch und die Erleichterung der Übertragbarkeit bewährter Verfahren zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit. An der vom Istituto Superiore die Sanità in Rom koordinierten Initiative nehmen 25

EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Serbien und Bosnien-Herzegowina teil. *Quelle: Newsletter von Gesundheit-EU vom 5.7.2018*

Nutzung der Medizinischen Kinderschutzhotline.

Als Hilfestellung für das medizinische Fachpersonal beim Umgang mit Fragen der Misshandlung, der Vernachlässigung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern wurde am 1. Juli 2017 die vom Bundesfamilienministerium geförderte Medizinische Kinderschutzhotline ins Leben gerufen, die unter der Rufnummer 0800/192 10 00 kostenfrei und rund um die Uhr erreichbar ist. Gesundheitsfachkräfte erfahren hier, wie ein Misshandlungsfall angesprochen werden kann, welche Schritte gegebenenfalls eingeleitet werden sollten und was bei der klinischen Abklärung und Dokumentation zu beachten ist. Erste Auswertungen der Hotline zeigten, dass etwa ein Drittel der Anrufe aus Krankenhäusern erfolgte. Bei den Ratsuchenden handelte es sich um Ärztinnen und Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen, Pflegekräfte, psychotherapeutische Fachkräfte, Hebammen und Rettungskräfte. Diesen habe man Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Gesundheitswesens aufgezeigt und in schweren Fällen eine Beratung durch eine Fachkraft der Jugendhilfe empfohlen. Die Konsultation durch die medizinische Hotline sei überwiegend als hilfreich bewertet worden. *Quelle: das Krankenhaus 7.2018*

JUGEND UND FAMILIE

Datenreport Frühe Hilfen 2017. In dem seit dem Jahr 2013 regelmäßig veröffentlichten Datenreport Frühe Hilfen dokumentieren das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) und der Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut (DJI) und TU Dortmund zentrale Ergebnisse der Begleitforschung zur Bundesinitiative Frühe Hilfen. Der vor Kurzem erschienene Datenreport für das Jahr 2017 bietet eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Frühen Hilfen und stellt Ergebnisse unterschiedlicher Studien vor. So enthält der Report Erkenntnisse zur Situation von Familien mit Kleinkindern in der Bundesrepublik, erste Befunde aus der wissenschaftlichen Begleitung der Frühen Hilfen in Österreich und Resultate der Evaluation des im Zeitraum 2011 bis 2016 durchgeführten Programms „Gemeinsam stark – von Anfang an! Frühe Hilfen im SOS-Kinderdorf e.V.“ Weitere Themen sind der Einsatz von Gesundheitsfachkräften in den Frühen Hilfen sowie regionale Unterschiede bei der Einschätzung von Kindeswohlgefährdungen durch Jugendämter. Der komplette Bericht ist unter der Web-Adresse www.fruehehilfen.de (Materialien/Publicationen/Publicationen des NZFH) im Internet hinterlegt. *Quelle: KIZ Newsletter Nr. 7, Juli 2018*

Informationsservice des Bundesfamilienministeriums. Anfang Juli dieses Jahres ging das neue Familienportal des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an den Start. Unter der Internet-

8.10.2018 Berlin. Fachtag Case Management im DZI. Info: Prof. Dr. Matthias Müller, Hochschule Neubrandenburg, Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung, Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg, R. 366, Tel.: 03 95/56 93-51 07, E-Mail: mueller@hs-nb.de

15.-16.10.2018 Berlin. Tagung der Stiftung Mitarbeit: Integration heißt demokratische Teilhabe. Information: Stiftung Mitarbeit, Ellerstraße 67, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/604 24-16, E-Mail: info@mitarbeit.de

17.-19.10.2019 Würzburg. Tagung der AG Historische Sozialpädagogik/Soziale Arbeit: „Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Sozialpädagogik/Sozialarbeit im Übergang vom Nationalsozialismus zur Nachkriegszeit“. Information: Prof. Dr. Ralph-Christian Amthor, Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften, Hochschule Würzburg-Schweinfurt, Münzstraße 12, 97070 Würzburg, Tel.: 09 31/35 11 88 01, E-Mail: ralph.amthor@fhws.de

18.-20.10.2018 Berlin. 5. Berufskongress für Soziale Arbeit: Engagement aus Erkenntnis. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/288 75 63-10, E-Mail: info@dbsh.de

18.-20.10.2018 Weimar. 10. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Demenz – Gemeinsam Zukunft gestalten. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Selbsthilfe Demenz, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/25 93 79 50, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

19.10.2018 Fulda. Forum des Fachverbandes Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung FINSOZ e.V.: Revolution oder Rohrkrepierer? – Plattformen für soziale Dienstleistungen. Information: FINSOZ e.V., Mandelstraße 16, 10409 Berlin, Tel.: 030/42 08 45 12, E-Mail: info@finsoz.de

22.-23.10.2018 Speyer. 2. Speyerer Migrationsrechtstage: Arbeitsmigration. Information: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Freiherr-vom-Stein-Straße 2, 67346 Speyer, Tel.: 06 232/65 42 26, E-Mail: tagungssekretariat@uni-speyer.de

22.-23.10.2018 Berlin. Tagung: Gewonnen, gekommen, geliebt... Was sind attraktive Arbeitsbedingungen für sozialpädagogische Fachkräfte im ASD? Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, E-Mail: dialogforum@difu.de

24.-25.10.2018 Münster. Tagung der AG Medizinische Versorgung Wohnungsloser in der BAG W: Unverzichtbar, aber ungesichert – hochgelobt und unerhört: 20 Jahre medizinische Versorgung Wohnungsloser. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Boyenstraße 42, 10115 Berlin, Tel.: 030/28 44 53 70, E-Mail: info@bagw.de

Anschrift www.familienportal.de bietet diesen einen Überblick über sämtliche familienbezogene Leistungen wie unter anderem das Elterngeld, die Elternzeit, das Kindergeld, den Kinderzuschlag und den Unterhaltsvorschuss. Darüber hinaus finden sich hier auch Hinweise zu anderen Leistungen wie der Ausbildungsförderung, dem Arbeitslosengeld, der Sozialhilfe und der Rente. Nach Eingabe eines Themas und einer Postleitzahl führt ein Klick auf das Lupensymbol zu Kontaktdaten von Beratungs- und Unterstützungsangeboten vor Ort. Geplant ist, die Digitalisierung weiter voranzubringen, so dass Familienleistungen direkt über das Portal beantragt werden können. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 4.7.2018*

Familienpass Brandenburg. Mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren bietet der neu erschienene, 390-seitige Familienpass Brandenburg 2018/2019 einen Überblick über die vielfältigen Freizeitangebote und Ausflugsziele für Familien in Berlin und Brandenburg, teilweise freien Eintritt für Kinder sowie Rabatte auf Eintrittspreise von mindestens 20 %. Insgesamt 350 barrierefreie Angebote für Menschen mit einer Behinderung sind mit Piktogrammen gekennzeichnet. Der Besitz des Familienpasses berechtigt zur Teilnahme an einem Gewinnspiel, bei dem von Juli bis Dezember dieses Jahres rund 250 Gewinne verlost werden. Familien mit mindestens einem Elternteil und einem minderjährigen Kind erhalten den vom 1.7.2018 bis zum 30.6.2019 gültigen Familienpass zum Preis von 2,50 Euro unter anderem in Kindertagesstätten, Schulen, Bibliotheken und Buch- und Spielzeughandlungen sowie im Internet für 4 Euro unter der Anschrift www.reiseland-brandenburg.de/shop/familienpassbestellung. *Quelle: Berliner Behinderten Zeitung Juli/August 2018.*

Besuchszeiten für Kinder inhaftierter Eltern. Durch die Ratifikation der Kinderrechtskonvention am 6. März 1992 hat sich Deutschland verpflichtet, die dort verankerten Vorgaben für alle Kinder in der Bundesrepublik zu erfüllen. Mit Blick auf das in Artikel 9 der Konvention festgelegte Recht eines von seiner Mutter oder seinem Vater getrennten Kindes auf regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Eltern führte die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte eine Auswertung der Justiz- und Strafvollzugsgesetze der 16 Länder und eine schriftliche Befragung der Landesjustizministerien durch, die ergab, dass die Besuchszeiten für Kinder inhaftierter Eltern in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt sind. Eine Landkarte mit jeweils durch einen Klick aktivierbaren Links zu den regionalen Bestimmungen steht im Internet unter www.landkarte-kinderrechte.de/jva_besuchszeiten.html zur Nutzung bereit. *Quelle: LOTSE Info Juni 2018*

Jubiläum des Frankfurter Verbands. Anlässlich seines 100-jährigen Bestehens lädt der Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe zu einem Tag der offenen Tür am 13. September dieses Jahres ein. In den sieben Pflegeeinrichtungen und 19 Begegnungszentren finden Veranstaltungen statt, die einen Einblick in die Geschichte und die gegenwärtige Arbeit des Verbands ermöglichen. Die Besucherinnen und Besucher können sich nicht nur über die Aktivitäten und Events im Quartier orientieren, sondern auch eigene Wünsche und Vorstellungen für die Quartiersarbeit einbringen. Genauere Programmhinweise sind unter der Anschrift www.frankfurter-verband.de/aktuelles.html im Internet abrufbar. *Quelle: Senioren Zeitschrift 3.2018*

AUSBILDUNG UND BERUF

Call for Papers: Jahrestagung der DGSA. Für die am 26. und 27. April 2019 stattfindende Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, DGSA, an der Fakultät Sozialwesen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart werden noch Beiträge gesucht. Thematisch geht es um den in den letzten Jahrzehnten beobachtbaren Wandel der Arbeitsgesellschaft und dessen Auswirkungen auf die Lebenswelten und Lebenslagen von Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit, auf die Soziale Arbeit als Profession und auf die Entwicklungen in Hochschule und Studium. Vorschläge für Panels und Einzelbeiträge können bis zum 15. Oktober dieses Jahres per E-Mail an stuttgart2019@dgsa.de eingereicht werden. Die Vorträge sollten in einer Langfassung von circa 2 000 Zeichen und einer Kurzfassung von 600 Zeichen skizziert werden. Die Bedingungen des Calls stehen unter www.dgsa.de/aktuelles-aus-der-dgsa im Internet. *Quelle: Website der DGSA*

Aufwertung sozialer Dienstleistungen. Eine vor Kurzem erschienene Studie der Hans Böckler Stiftung kommt zu dem Schluss, dass es angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen einer Aufwertung sozialer Dienstleistungen bedürfe. Wie der internationale Vergleich zeige, sei Deutschland im Hinblick auf die Personalschlüssel schlechter aufgestellt als beispielsweise Großbritannien, Schweden, die Niederlande, die Schweiz und die USA. Wünschenswert seien neben einer bedarfsgerechten Personalausstattung insbesondere höhere Entgelte und eine Abkehr von der Teilzeitbeschäftigung. Zudem müsse man die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten durch eine Systematisierung der regional unterschiedlichen Ausbildungswege und durch eine Vereinfachung der Weiterqualifizierung verbessern. Dem akuten Mangel an Pflegefachkräften könne durch die Einführung verbindlicher Richtwerte für die personelle Ausstattung, durch die Schaffung von Mechanismen zur Überprüfung von deren Einhaltung und durch neue Konzepte der Personalrekrutierung und Mitarbeiterführung begegnet werden.

Die Studie mit dem Titel „Aufwertung von sozialen Dienstleistungen. Warum sie notwendig ist und welche Stolpersteine noch auf dem Weg liegen“ ist im Internet unter www.boeckler.de/106817.htm einsehbar *Quelle: BFS-Trendinfo 7.2018*

Studentisches Gesundheitsmanagement. Im Rahmen eines Projekts der Techniker Krankenkasse, der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. und des Arbeitskreises Gesundheitsfördernde Hochschulen werden seit drei Jahren interessierte Hochschulen bei der Gesundheitsförderung für Studierende begleitet. Erste Erkenntnisse sind in einer kürzlich erschienenen Spezialausgabe der Deutschen Universitätszeitung festgehalten. Um Grundlagenwissen und Impulse zur Umsetzung des Studentischen Gesundheitsmanagement zu vermitteln, fanden Seminare an der Universität Bonn und der FU Berlin statt. Im Herbst dieses Jahres soll ein weiteres Seminar in Thüringen und vom 13. bis 14. Dezember eine Lehrveranstaltung am Karlsruher Institut für Technologie abgehalten werden. Geplant ist, am Ende der Projektzeit im Jahr 2019 einen Leitfaden mit den gesammelten Erfahrungen und Hilfestellungen für die interessierten Hochschulen zu veröffentlichen. Siehe auch die Homepage www.gesundheit-nds.de/index.php/veranstaltungen/919-studentisches-gesundheitsmanagement-5. *Quelle: impulse Juni 2018*

Ausbildung für das Strategische Freiwilligenmanagement. Für den ab September dieses Jahres von der Akademie für Ehrenamtlichkeit in Berlin angebotenen Ausbildungsgang „Strategisches Freiwilligenmanagement“ sind noch Plätze frei. Der Kurs besteht aus drei Modulen, die von 12. bis 14.9.2018, von 14. bis 16.11.2018 und von 13. bis 15.2.2019 stattfinden. Vermittelt werden Kenntnisse in der Organisations-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie im Konfliktmanagement, der Projektsteuerung, der Gestaltung der Partizipationskultur und der Evaluation. Die Kosten belaufen sich auf 800 Euro beziehungsweise ermäßigt auf 650 Euro. Wer an allen Seminarterminen teilnimmt und eine schriftliche Arbeit zu einem Aspekt des Freiwilligenmanagements verfasst, erhält das Titelzertifikat „Freiwilligenmanager/in“. Genauere Hinweise und ein Link zur Anmeldung stehen im Internet unter www.ehrenamt.de/1452_Ausbildungsgang_Strategisches_Freiwilligenmanagement_2018_S02.htm. *Quelle: Kurzinfo der Akademie für Ehrenamtlichkeit vom 17.7.2018*

25.-26.10.2018 Wiesbaden. Fachtagung: Gewalt und Zwang im institutionellen Kontext. Information: Kriminologische Zentralstelle e.V., Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden, Tel.: 06 11/15 75 80, E-Mail: info@krimz.de

31.10.-2.11.2018 Berlin. 7. Praktikertagung Jugendstrafvollzug: Voneinander lernen. Jugendstrafvollzug an der Schnittstelle der Disziplinen. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ), Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 42, E-Mail: frese@dvjj.de

5.-8.11.2018 Freiburg. Grundlagenseminar: Systemische Organisationsentwicklung für Entscheider/-innen. Information: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200 17 00, E-Mail: akademie@caritas.de

7.-8.11.2018 Nürnberg. 20. Consozial – Kongressmesse für den Sozialmarkt: Digitalisierung menschlich gestalten. Information: Besucherbüro ConSozial, Rummelsberg 28, 90592 Schwarzenbruck, Tel.: 09 128/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

7.-9.11.2018 Berlin. 17. Forum für Täter-Opfer-Ausgleich. Die Stärke der Beteiligten: Selbstbestimmung statt Bedürftigkeit. Information: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung im DBH e. V., Aachener Straße 106/4, 50858 Köln, Tel.: 02 21/94 86 51 22, E-Mail: info@toa-servicebuero.de

9.11.2018 Karben. Fachtagung Autismus: Chancen für eine inklusive Arbeitswelt. Information: Berufsbildungswerk Südhessen gGmbH, Am Heroldsrain 1, 61184 Karben, Tel.: 06 039/48 28 00, E-Mail: fachtagung@bbw-suedhessen.de

12.11.2018 Berlin. NPO-Praxistag: Steuerliche Compliance für NPO's. Information: DGCS e.V., RheinAhrCampus – Joseph-Rovan-Allee 2, 53424 Remagen, Internet: www.dgcs.de

13.-14.11.2018 Berlin. Fachtagung: Demokratie inklusive. Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung. Information: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 37, E-Mail: demokratie-vielfalt@agj.de

14.-15.11.2019 Kassel. DVSG-Bundeskongress 2019: Soziale Arbeit im Gesundheitswesen. Information: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/39 40 64 54-0, E-Mail: info@dvsg.org

15.-16.11.2018 Zürich. Tagung: Leben in Adoptiv- und Pflegefamilien – Normalitäten und Krisen. Information: ZHAW Soziale Arbeit, Pfingstweidstrasse 96, Postfach, 8037 Zürich, E-Mail: info.sozialearbeit@zhaw.ch